

Berufsbildende Schulen zukunftsfähig gestalten!

Die GEW Hessen fordert von der neuen Landesregierung ein Sofortprogramm zur Verbesserung der Arbeits- und Lernbedingungen an den Berufsbildenden Schulen!

1. Jetzt die Pflichtstunden senken und die Arbeitsbedingungen verbessern!

Die Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen haben immer mehr Aufgaben zu erledigen, ohne dass ausreichende Ressourcen zur Erledigung dieser Arbeit bereitgestellt werden. Um beispielsweise die geforderte individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern, die inklusive Beschulung und die Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen umzusetzen, müssen die Pflichtstunden der Lehrkräfte gesenkt, die außerunterrichtlichen Tätigkeiten durch Deputate ausgeglichen, die Klassengrößen reduziert und sonderpädagogische Förderung und sozialpädagogische Unterstützung als personelle Regelausstattung eingeführt werden.

2. Jetzt die Gebäude sanieren und die Schulen angemessen ausstatten!

Der Renovierungsstau der Gebäude an vielen Berufsbildenden Schulen und die oftmals veraltete Ausstattung müssen umgehend angegangen werden. Zur Unterstützung der Schulträger ist ein Sanierungs- und Ausstattungsprogramm der Landesregierung notwendig.

3. Jetzt den Lehrkräftenachwuchs und die Lehrkräftequalifikation sichern!

Nach wie vor gibt es einen eklatanten Nachwuchsmangel in vielen Berufsfeldern. Zur Behebung des Mangels ist durch die Landesregierung endlich ein schlüssiges und wirksames Konzept zu entwickeln.

An den Berufsbildenden Schulen in Hessen unterrichten weit über 1.400 Personen ohne Lehramt. Für diese Personen sind Weiterbildungs-Sondermaßnahmen einzurichten.

4. Jetzt qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten schaffen!

Die staatlich verantworteten Fortbildungsmöglichkeiten sowohl in den beruflichen Fachrichtungen wie auch in den allgemein bildenden Fächern sind völlig unzureichend. Als Lösung wird ein staatliches Fortbildungsinstitut für die hessischen Schulen gefordert, das mit den entsprechenden Ressourcen für die Berufsbildenden Schulen auszustatten ist.

5. Jetzt die Übergänge sinnvoll gestalten!

Trotz der Verlautbarungen zum Fachkräftemangel ist es für viele Jugendliche schwer beziehungsweise unmöglich, den Übergang in Ausbildung ohne Unterstützung zu schaffen. Eine Reform des Übergangssystems, die alle Jugendlichen mitnimmt und ihnen eine Perspektive für Ausbildung, weiterführende Bildungsgänge und das weitere Leben gibt, ist überfällig. Ob die neu eingeführte Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) dies ermöglicht, ist zeitnah zu evaluieren.

6. Jetzt Zugewanderte integrieren!

Die Integration von zugewanderten Kindern und Jugendlichen in die Berufswelt ist eine weitere wichtige Aufgabe der Berufsbildenden Schulen. InTeA, das Programm der Landesregierung, hat erhebliche Mängel. Diese müssen behoben werden, wenn Integration gelingen soll. So ist das Sprachförderkonzept eine Kopie aus den allgemeinbildenden Schulen, die Klassenstärke ist mit 20 Schülerinnen und Schülern viel zu hoch, junge Erwachsene über 20 Jahre werden nicht gefördert, die sozialpädagogische Unterstützung ist viel zu gering angesetzt und Betriebspraktika sind so gut wie nicht vorgesehen. Die Chance der Verbindung von Lernen und Arbeiten in der Berufsbildenden Schule wird nicht genutzt.